

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt

- (A) haltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Zweite Beratung

und Schlussabstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zu dem Protokoll vom 17. Juni 2010 zur Änderung des Abkommens vom 8. März 2001 mit Malta zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen. Der Finanzausschuss empfiehlt unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/4280, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 17/3962 anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich rufe den Zusatzpunkt 2 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion der SPD

Standpunkt und Konsequenzen der Bundesregierung zum ungarischen Mediengesetz

Ich eröffne die Aussprache.

Als erstem Redner erteile ich das Wort dem Kollegen Michael Roth für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(B)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Liebe Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Seit vielen Jahren bin ich Berichterstatter meiner Fraktion für Ungarn. Seit vielen Jahren bin ich stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Ungarischen Parlamentariergruppe. Vor diesem Hintergrund können Sie sich vielleicht vorstellen, dass mir die heutige Auseinandersetzung alles andere als leichtfällt. Es bleibt das große ungarische Verdienst. Wenn wir den Mut zur Freiheit mit einem Land Mitteleuropas verbinden, dann zuerst und vor allem mit Ungarn.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ungarn hat sich zu einem Zeitpunkt für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit eingesetzt, als andere noch verängstigt zu Hause geblieben sind. Wir, unser Land, unsere Bürgerinnen und Bürger, haben den Ungarinnen und Ungarn viel zu verdanken.

Wir erwarten sicherlich auch von der ungarischen Ratspräsidentschaft Erfolg und Professionalität. Unsere besten Wünsche, auch die meiner Fraktion, begleiten die Verantwortlichen, die für Ungarn und mit Ungarn dafür arbeiten, dass Europa besser gelingt und dass wir die Probleme, nicht nur die Finanzkrise, gemeinsam bewältigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wichtiger als der Euro und wichtiger als der Binnenmarkt sind aber unsere

Grund- und Freiheitsrechte. Das ist unser wertvollstes Gut. (C)

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das Rückgrat der europäischen Identität. Das ist nicht irgendeine Frage unter ganz vielen sachpolitischen Fragen, sondern das ist der Kern der europäischen Zusammenarbeit. Es ist für uns als Europäerinnen und Europäer auch eine Frage der Selbstachtung und eine Frage der Glaubwürdigkeit im Umgang mit totalitären Staaten, mit Diktaturen auf dieser Welt. Wie ernst nehmen wir die Freiheitsrechte? Wie ernst nehmen wir die individuellen Menschenrechte? Nur dann, wenn wir sie selbst zu 100 Prozent ernst nehmen und wenn wir über jeden Zweifel und über jede Relativierung erhaben sind, können wir selbstbewusst und kämpferisch allen diktatorischen und autoritären Systemen dieser Welt offensiv entgegenzutreten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Umso unverständlicher – das sage ich sehr deutlich – ist das lange Schweigen des Kommissionspräsidenten, ist das lange Schweigen und Relativieren des Ratspräsidenten Van Rompuy, aber auch das Schweigen und Relativieren der Bundesregierung.

Es ist gestern im Europaausschuss schon einmal darüber gesprochen worden; ich will das hier für meine Fraktion noch einmal deutlich machen: Wir haben es auf diese Aktuelle Stunde überhaupt nicht angelegt. Wir haben Ihnen eine vereinbarte Debatte zum schnellstmöglichen Zeitpunkt angeboten. Wir haben Ihnen angeboten, über einen interfraktionell zu erarbeitenden gemeinsamen Entschließungsantrag zu reden und zu verhandeln. Sie haben diese beiden Angebote ausgeschlagen. Deswegen haben wir es als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bundestag als unsere Pflicht angesehen, jetzt diese Diskussion zu führen. Wir wollen keine juristische Diskussion, sondern wir wollen eine politische Bewertung vornehmen, wie sie im Übrigen anderswo auch vorgenommen wird. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das dänische Parlament beispielsweise hat einen Antrag gestellt, der darauf abzielt, dass sich auch die COSAC, die Konferenz der Europaausschüsse der Mitgliedstaaten, kritisch mit der Frage des ungarischen Mediengesetzes auseinandersetzt. Wir stehen dabei nicht alleine. Es ist unsere Pflicht als nationales Parlament, klar und deutlich unsere Stimme zu erheben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dass das keine parteipolitische Diskussion ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir doch spätestens nach der Lektüre des lesenswerten Beitrags des Vorsitzenden des Europaausschusses, Gunther Krichbaum, festgestellt.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Michael Roth (Heringen)

- (A) Was Gunther Krichbaum in einem Interview gesagt hat, findet unsere uneingeschränkte Zustimmung. Damit ist der Vorwurf seitens der ungarischen Regierung, aber auch aus der Mitte dieses Parlaments, wir würden hier unsere parteipolitischen Spielchen treiben, völlig unerheblich.

Ich frage einmal: Was wäre, wenn eine sozialdemokratische oder eine linke Regierung in Europa so etwas getan hätte? Sie wären auf den Bäumen, Sie wären auf dem Mount Everest, wenn wir eine solche Situation hätten.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können sich darauf verlassen, wir wären gemeinsam mit Ihnen auf den Bäumen, egal welche Regierung mit welcher parteipolitischen Färbung die Medienrechte bzw. die Freiheitsrechte in Zweifel zieht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten gilt ausdrücklich nicht in der Europäischen Union. Im Gegenteil: Es gibt die Pflicht zur Einmischung. Das hat der ungarische Ministerpräsident Orbán offensichtlich auch verstanden; denn er hat angekündigt – wir werden ihn sicherlich an seinen Taten messen –, dass nach Überprüfung der Kommission dieses Gesetz überarbeitet wird, wenn kritische Punkte festgestellt werden.

- (B) Damit ist es keine innerstaatliche Angelegenheit, es ist eine europapolitische Angelegenheit, und deswegen gehört es auch hierher.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir kritisieren überhaupt nicht das ungarische Volk. Wir kritisieren die Entscheidung der ungarischen Regierung. Wir kritisieren die Entscheidung der über eine Zweidrittelmehrheit verfügenden Regierungsfractionen im ungarischen Parlament. Wir respektieren und wir verneigen uns vor den Demonstrantinnen und Demonstranten in Budapest und in Ungarn, den Intellektuellen, den Journalisten, den Kulturschaffenden, die in diesem demokratischen Rechtsstaat Ungarn ihre Meinung zu diesem Gesetz kritisch geäußert haben. Darauf sind wir gemeinsam stolz.

Aber wir müssen auch selbstkritisch anfügen – das sage ich zumindest für mich; für Sie von Union und FDP kann ich das vielleicht nicht sagen –: Möglicherweise haben wir in der EU zu oft in den vergangenen Jahren geschwiegen oder uns desinteressiert gezeigt. Die Qualität des Rechtsstaates, die Qualität der Demokratie bemessen sich vor allem am Umgang mit den Minderheiten, und wir haben bereits zu oft geschwiegen –

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:
Herr Kollege, denken Sie bitte an die Redezeit.

Michael Roth (Heringen) (SPD):

– bei der Diskriminierung von Roma, bei der Diskriminierung von Homosexuellen. Wir haben zu oft geschwiegen beim grassierenden Antisemitismus. Wir haben geschwiegen zu den Hasskampagnen gegen den Islam. Wir führen keine Kampagne gegen Ungarn. Wir führen eine Kampagne für die Grundrechte.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:
Herr Kollege, haben Sie meine Einlassung gehört?

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Ich habe sie gehört, und deswegen mein letzter Satz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Europäische Union zerbricht nicht an einem schwachen Euro; die Europäische Union zerbricht am Unernst im Umgang mit den Grund- und Freiheitsrechten, die täglich neu erkämpft und erstritten werden müssen, in Ungarn, in Italien, in den Niederlanden und auch in Deutschland.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Johann David Wadephul für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Roth, nicht nur die letzten Sätze waren, weil sie über die Redezeit etwas hinausgingen, überflüssig. Wir sind der Auffassung, dass diese Debatte im Deutschen Bundestag und insbesondere Ihr Antrag zum jetzigen Zeitpunkt unangemessen und voreilig sind und dass diese Debatte dem deutsch-ungarischen Verhältnis deswegen nur schadet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum sagen Sie dann was in der Debatte?)

– Herr Sarrazin, ich werde es gleich begründen.

Es bestreitet doch niemand, dass die Meinungsäußerungsfreiheit zu den Grundwerten und Grundrechten auf der Welt gehört, zum europäischen Wertekanon, spätestens seit der Französischen Revolution. Dieser Wertekanon gilt selbstverständlich auch in der Europäischen Union.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Aber nicht nur in Sonntagsreden, lieber Freund!)

– Dass jetzt die Linkspartei anfängt, uns zu belehren, was Grundfreiheiten angeht, das erstaunt mich gerade in dieser Stunde sehr, Herr Kollege.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das sollte Sie nicht erstaunen!)

Es waren die Ungarn, die überhaupt dafür gesorgt haben, dass ganz Deutschland frei wurde

Dr. Johann Wadephul

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Dann hören Sie, was die Leute sagen, die für die Freiheit gekämpft haben und heute eingekerkert sind!)

und dass der Teil, den ein Teil Ihrer Vorgänger in Ihrer Partei geknechtet hat, seine Meinung überhaupt sagen konnte. Insofern sollten Sie zu dieser ganzen Debatte heute schweigen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ausgangspunkt muss für uns sein, dass wir den Freiheitswillen des ungarischen Volkes würdigen und wissen, dass dieses Volk in freier Selbstbestimmung eine Regierung gewählt hat, die eine große Mehrheit bekommen hat.

(Andrej Hunko [DIE LINKE]: Aber was für eine Regierung!)

Ungarn ist 1956 für Freiheit eingestanden. Ungarn hat 1989 die deutsche Wiedervereinigung, die Freiheit aller Deutschen wesentlich ermöglicht. Im Geiste und im Bewusstsein dieser Entwicklungen und dieser Leistungen des ungarischen Volkes sollten wir Deutschen uns nehmen und uns vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch mit Belehrungen, wie ich sie gerade eben vom Kollegen Roth gehört habe, zurückhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das war doch keine Belehrung!)

- (B) Pressefreiheit ist nirgendwo grenzenlos, auch in Deutschland nicht. Sie findet ihre Grenze in der Verletzung der Rechte anderer.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Was heißt denn das jetzt?)

Deswegen haben wir Pressegesetze. In Nordrhein-Westfalen gibt es ein neues Pressegesetz, das an Schärfe kaum zu überbieten ist. Das hören Sie zwar ungerne, aber es ist so.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer richtet denn darüber?)

Es ist Sache des nationalen Gesetzgebers, zu prüfen, was er tut, um Rechte zu gewährleisten. Herr Roth, Sie haben darauf hingewiesen: Es gab schwerste Menschenrechtsverletzungen, auch durch die Medien, in Ungarn. Wie dort – ich sage es einmal auf diese Art und Weise – Kinderschutz nicht gewährleistet wurde, wie dort die Leugnung des Holocausts nicht verboten war, das hat ein Einschreiten notwendig gemacht. An dieser Stelle sollten wir uns gar nicht als Besserwisser aufstellen.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Man sollte dem Kollegen Krichbaum nicht in den Rücken fallen! – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Wissen Sie, was der Herr Krichbaum dazu sagt?)

Nun ist die entscheidende Frage: Wie gehen wir mit der Überprüfung dieses Gesetzes um? Dazu gibt es ein Verfahren – wir leben in einer Rechtsunion, in der Euro-

päischen Union –: Die Europäische Kommission prüft jetzt diese Gesetze. Herr Kollege Roth, Sie selber haben politisch ein wenig schizopren argumentiert. (C)

Sie haben selber gesagt: Wenn es denn Verstöße gibt, dann muss man handeln. In der Tat, wenn es Verstöße gibt, wird die Europäische Kommission diese auch öffentlich machen. Ich begrüße, dass Ungarn auch durch den Premierminister gesagt hat, dass man dann korrigieren wird. Man kann nur nicht zu Vorfestlegungen und Vorurteilen kommen. Sie legen aber schon jetzt einen Antrag vor, in den Sie hineinschreiben, Sie kennen diese Verstöße, relativiert durch das Wort „zahlreich“.

(Ulla Schmidt [Aachen] [SPD]: Das Gesetz ist doch bekannt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Schon heute stellen Sie zahlreiche Verstöße fest. Das ist aus unserer Sicht falsch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte noch etwas klarstellen: Der Kollege Stübgen hat dazu gestern in der Europaausschusssitzung etwas gesagt. Ich finde es etwas traurig, dass Sie das hier nicht wiederholen, sondern den falschen Vortrag von gestern noch einmal bringen. Wir haben gesagt: Wir sind zu diesem Punkt in dem Moment zu einer vereinbarten Debatte bereit, wo der Bericht der Kommissarin Kroes vorliegt, wenn wir also Ergebnisse haben und wissen, worüber wir reden. Deswegen verweise ich Sie an dieser Stelle – das fällt mir ja nicht leicht – einmal an den Kollegen Martin Schulz, „den großen Sozialdemokraten aus Deutschland“, der auf europäischer Ebene auch mit großen Ankündigungen gestartet ist und dann insbesondere den Antrag der Grünen im Europäischen Parlament mit den Worten zurückgewiesen hat: Man braucht erst einmal sattelfeste juristische Argumente, bevor man zu Urteilen kommt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hätten Sie an dieser Stelle auch einmal beachten sollen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen muss ich sagen: Es ist vollkommen legitim und auch in Ordnung, dass man unter Freunden in der Europäischen Union auch kritische Punkte anspricht.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde!)

Es gibt ja keine Form der Distanzierung seitens der CDU/CSU-Fraktion zu dem, was der Ausschussvorsitzende gesagt hat.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Was Sie jetzt tun, ist eine Distanzierung!)

Er hat sich dazu geäußert und gesagt, in dieser Stunde sei es richtig gewesen, es dabei zu belassen, die Prüfungen der EU-Kommission abzuwarten und danach im Deutschen Bundestag gegebenenfalls darüber zu diskutieren und auch Anträge einzubringen. Dieser Schuss ging zu schnell los, und deswegen lehnen wir ihn ab.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Dieter Dehm für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Es gibt in Ungarn eine nur von den rechten Machthabern besetzte Zensurbehörde, die gegen kritische Journalisten Strafen bis zu 720 000 Euro verhängen darf. Ich sage Ihnen: Wenn da nicht die Alarmglocken läuten! Wehret den Anfängen!

(Beifall bei der LINKEN)

Wir als linke Partei wissen, was es bedeutet, wenn die Medien des Großkapitals, wie die *Bild*-Zeitung und der *Spiegel*, unsere Lösungsvorschläge gegen die Finanzkrise rücksichtslos unterdrücken und uns nur erwähnen, wenn sie uns verleumden können.

Die Linken in Italien spüren es, wenn Berlusconi die Meinungsvielfalt abwürgt: als staatlicher Machthaber die öffentlichen Medien und als kapitalistischer Medienmafioso bei den Privaten. Aber Ungarns Rechte wollen noch mehr: Sie wollen die totale Macht! Hauptleidtragende sind kritische Journalisten und Gewerkschafter, aber auch Wertkonservative und Priester, die die Bergpredigt ernst nehmen, und mutige mittelständische Verleger. Dies geschieht nicht in irgendeiner Bananenrepublik, sondern im wirtschaftlich entwickelten Ungarn mit dieser großen humanistischen und künstlerischen Tradition. Das ist der Skandal.

(B) (Beifall bei der LINKEN)

Und weil in Ungarn vor allem Linke betroffen sind, bin ich besonders den konservativen Kollegen dankbar, die wie Gunther Krichbaum – jetzt zitiere ich ihn mal, und das hat er nach reiflicher Überlegung gesagt – das ungarische Mediengesetz in der *Frankfurter Rundschau* „inakzeptabel“ nennen, weil damit Regimekritiker mit – ich zitiere – „vagen und willkürlichen Begriffen wie ‚ausgewogener politischer Berichterstattung‘“ verfolgt werden können.

Ein Wort zur SPD: Ich finde es hilfreich, dass Ihre Sozialdemokratische Internationale den tunesischen Diktator Ben Ali und seine Staatspartei RCD ausgeschlossen hat – wenn auch erst am Montag, was ein bisschen so ist, als wäre jemand am 7. Mai 1945 entschlossen dem antifaschistischen Widerstand beigetreten. Bitte, setzen Sie sich etwas früher dafür ein, dass im tunesischen Nachbarland Ägypten jetzt die politischen Gefangenen – vor allen Dingen die vielen Tausend Linken – freigelassen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Das würde auch mancher Lektion in Sachen Menschenrechte von Herrn Gabriel und Herrn Steinmeier an unsere Adresse etwas mehr Nachdruck verleihen.

Frau Merkel, nehmen Sie Ihren Parteifreund Viktor Orban härter in die Pflicht, wenn sein Regime linke Intellektuelle bis ins Ausland verfolgt! Solcher Antikom-

munismus – das hat uns Thomas Mann gelehrt – ist die größte Grundtorheit unserer Epoche, und dabei bleibt es. **(C)**

(Beifall bei der LINKEN)

Wie lange wollen Sie noch wegschauen, wenn die rechte Regierung de facto die Grenzen der ungarischen Nachbarländer infrage stellt und im Ratsgebäude in Brüssel jetzt auch noch symbolisch einen Teppich aufhängt, der Großungarn in den Grenzen von 1848 zeigt?

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von 1848?)

– Von 1848!

Weil Sie diejenigen erwähnt haben, die in Ungarn mutig die Grenze aufgemacht haben: Einer davon war György Konrad, einstiger Präsident der Berliner Akademie der Künste und Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels. Er sagt jetzt, auch nach reichlicher Prüfung: Die 1989 erkämpfte Pressefreiheit wurde rückgängig gemacht. Gibt Ihnen denn das nicht zu denken?

(Beifall bei der LINKEN)

Der populäre Rundfunkmoderator Attila Mong, der wegen seiner Kritik an dem Mediengesetz schon suspendiert wurde – das ist bereits geschehen –, wie übrigens die Journalisten Ivan Andrasew und Sandor Jaszberenyi, sagt:

Der Grund, warum die deutschen Medienkonzerne zu allem schweigen, ist, weil sie „bekommen haben, was sie wollten, wirtschaftlich betrachtet. Was Product Placement, Werbung und die Digitalisierung der Medienlandschaft angeht, haben die Machthaber alle Wünsche der privaten Fernsehsender erfüllt.“ **(D)**

Meine Damen und Herren, auch Kommerz kann Freiheit töten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ob es gegen die Macht von Verlagskonzernen geht oder gegen Zensurbehörden und omnipotente Parteienwirtschaft, ob es um linke Künstler in Ungarn geht oder um den chinesischen Nobelpreisträger Liu Xiaobo: Demokratische Gewaltenteilung, unabhängige Rechtsprechung und Meinungsvielfalt bedürfen noch viel mehr der Verankerung auf allen Seiten parlamentarischer Sitzordnungen in der EU, und darüber und darunter hinaus.

Die Kommunistin Rosa Luxemburg hat das so ausgedrückt, dass sie damit hier an diesem Mikrofon schon von Vertretern fast aller Parteien zitiert wurde: Freiheit ist immer auch die Freiheit der Andersdenkenden.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: So ist es!)

Ich übersetze das einmal: Meinungsvielfalt beginnt dort, wo es einem selbst wehtut. Es muss dann auch Ihnen wehtun, Meinungsvielfalt einzuräumen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kritik am ungarischen Zensurgesetz und an diktatorischen Maßnahmen in Italien und anderswo, also die

Dr. Diether Dehm

- (A) Vision eines reinen Ideenstreits um die besten Lösungen gegen diese Krise, ohne Angst und Terror –

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, achten Sie bitte auf die Redezeit.

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

– ich bin beim letzten Satz –,

(Zuruf von der FDP: Ja, Sie sind am Ende!)

ist ein so zartes Gewächs, dass ich fürchte: Wir können es nur parteiübergreifend pflegen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Kollege Dr. Stefan Ruppert.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Stefan Ruppert (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich zunächst einmal darüber, dass der stellvertretende Botschafter Ungarns hier ist und diese Debatte verfolgt,

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) also sehr aufmerksam registriert, was wir hier diskutieren. Ich fürchte, er hat beim letzten Beitrag einen sehr schlechten Eindruck gewonnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ach, wie schlimm! Ist das schlimm!)

Das tut mir ausgesprochen leid.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Entschuldigen Sie sich doch!)

An erster Stelle sollte man betonen, dass Ungarn zu unseren befreundeten Nationen gehört und Kern der Europäischen Gemeinschaft ist. Eine solche Beschimpfung, wie Sie sie hier eben geäußert haben, hat dieses Land nicht verdient.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Sie sind liberal? Das sind Liberale? Das sind Brachiale!)

Insofern: Achten Sie bitte auf die Tonlage, wenn Sie hier Kritik äußern! Ich finde, das ist im ersten Redebeitrag, also von Herrn Roth, deutlich besser gelungen als jetzt bei Ihnen, Herr Dehm.

Ich gehöre sicherlich nicht zu den Scharfmachern, sondern eher zu den nachdenklichen Politikern in meiner Fraktion.

(Lachen bei der SPD)

Scharfmacher gibt es bei uns sowieso nicht.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Gibt es auch Unnachdenkliche in Ihrer Partei? Wer sind denn die nicht Nachdenklichen in Ihrer Partei, die weniger Nachdenklichen?) (C)

– Herr Dehm, ich haue auf niemanden drauf, nur weil er Mitglied der Linken ist. Aber wenn Sie mit Ihrer überall dokumentierten Vergangenheit

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ja! 77 zum Staatsfeind der DDR gestempelt!)

und als jemand, der mit der Stasi konkret zusammengearbeitet hat, über die Frage reden, wie man mit Andersdenkenden umgeht, dann sollten Sie sich sehr genau überlegen, welche Tonlage Sie wählen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Genau die angemessene! Da können Sie sicher sein!)

Auch das gehört zu Ihrer Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zuruf von der FDP: Das ist die Tonlage der Heuchelei!)

Mir persönlich fehlt der missionarische Drang, den Sie anscheinend haben. Wenn ich eine Vergangenheit hätte wie Sie, könnte ich niemals mit diesem moralischen Impetus argumentieren, wie Sie das vorhin getan haben.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Als von der Stasi gestempelter Staatsfeind ab 77?)

Nachdem wir uns lange genug mit Ihnen, Herr Dehm, in dieser Debatte aufgehalten haben,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP) (D)

möchte ich zur Sache zurückkommen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das haben Sie doch gemacht!)

Natürlich kann keinerlei Zweifel daran bestehen, dass wir die Grundrechte in Europa ganz ernst nehmen müssen. Sie sind Teil unserer Identität. Immer dann, wenn wir das Gefühl haben, dass die Grundrechte in einzelnen Mitgliedstaaten – es wurden neben Ungarn auch andere Staaten genannt – nicht ernst genommen werden, oder wenn es Tendenzen gibt, sie zu relativieren, müssen wir dem mit aller Entschiedenheit entgegenreten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tun Sie das mal!)

Mir als Jurist ist manche Klausel in diesem Gesetz zu schwammig. Es gibt Klauseln, die man nach meiner Meinung viel zu weit dehnen kann. Ich habe auch Probleme mit der formalen Art, wie dieses Gesetz zustande gekommen ist.

(Beifall des Abg. Michael Roth [Heringen] [SPD])

Ich finde, man muss diesen Punkt sachlich und in aller Freundschaft zu Ungarn ansprechen. Wir können nämlich in Europa nicht akzeptieren, dass es einen Bereich gibt, in dem die Grundrechte ernster genommen werden als in einem anderen.

Dr. Stefan Ruppert

(A) Ich möchte am Ende noch darauf hinweisen, dass mich diese Entwicklung – nicht nur die Entwicklung in Ungarn – etwas mit Sorge erfüllt. Wenn man sich die Berichte der OSZE anschaut, dann kann man sagen, dass auch andere Länder in Europa die Pressefreiheit nicht so ernst nehmen, wie wir das eigentlich erwarten können. Wenn man sich die Rangliste in puncto Pressefreiheit anschaut, dann stellt man besorgniserregende Tendenzen fest.

Ich warte mit Neugier und Interesse, aber auch mit Hoffnung auf den Bericht, den die Europäische Kommission dazu erstellen wird. Auf der Grundlage konkreter Ergebnisse und Berichte und im Hinblick auf die Frage, was juristisch zu beanstanden ist, sollten wir – das hat Herr Wadephul schon angekündigt – über dieses Thema in aller Ruhe und Sachlichkeit reden. Wegen unserer Freundschaft mit den Ungarn dürfen wir dies nicht im Ton missionarischer Belehrung tun. Aber in der Sache müssen wir glasklar argumentieren und dürfen keinen Millimeter von unserer Grundrechtsüberzeugung abweichen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wenn wir das tun, werden wir die ungarischen Freunde

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das hat gestern wunderbar funktioniert!)

– Sie vielleicht nicht, aber wir – an unserer Seite behalten. Wir werden gleichwohl die Grundrechte in Europa stärken und dafür sorgen, dass sie weiterhin durchgesetzt werden. Ich glaube, es kommt sehr auf die Tonlage an. Es kommt auf die Sachlichkeit und nicht auf den Affekt an, den Sie hier gezeigt haben. Ich wünsche mir daher, dass die weitere Debatte etwas sachlicher als Ihre Rede verläuft.

(B)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Frithjof Schmidt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Frithjof Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ungarn blickt in der Tat auf eine stolze Geschichte des Widerstandes gegen Unterdrückung zurück. Es ist hier schon an den ungarischen Volksaufstand von 1956 erinnert worden. Wir wissen alle: Ohne die ungarische Grenzöffnung wäre die deutsche Wiedervereinigung nicht so schnell gekommen. Europa und gerade wir Deutsche verdanken Ungarn viel. Das muss hier mit aller Klarheit gesagt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Deshalb ist es eigentlich ein Grund zur Freude, dass Ungarn jetzt die Präsidentschaft des Europäischen Rates hat. Und dann das: Es gibt in Ungarn ein neues Medien-

gesetz, das eine Gefahr für die Pressefreiheit darstellt. Natürlich gehört dieses Thema hierher. Was, wenn nicht das? (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ein Gesetz, das ganz offensichtlich in wichtigen Punkten gegen Wort und Geist der europäischen Grundrechtecharta verstößt, das können Sie doch politisch bewerten. Verstecken Sie sich da nicht hinter juristischen Prüfverfahren, so langsam sind Sie doch sonst auch nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich will nur drei Punkte aus diesem Gesetz nennen, die es in sich haben, und das wissen Sie auch.

Erstens werden die Medien in Ungarn verpflichtet, „ausgewogen“ zu berichten, was immer „ausgewogen“ genau heißen mag. Darüber entscheidet nicht etwa ein Gericht, sondern ein Medienrat, der auch sehr hohe Geldstrafen verhängen kann. Der ungarische Schriftsteller György Dalos, Träger des Leipziger Buchpreises, hat sehr deutlich davor gewarnt, was das heißen könnte – das sollten Sie zur Kenntnis nehmen –, nämlich zum Beispiel den Ruin kleinerer Zeitungen und natürlich dadurch auch eine Abstrafung von Kritik. Das ist ein ungarischer Demokrat; der weiß durchaus, worüber er in seinem eigenen Land redet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN) (D)

Zweitens wurde der Medienrat ausschließlich mit Persönlichkeiten besetzt, die der Regierung nahestehen. Eine Vertretung der Zivilgesellschaft oder der Opposition ist also für die nächsten neun Jahre nicht gegeben. Das könnte also – einmal ganz vorsichtig formuliert – darauf hinauslaufen, dass die Regierungsmehrheit die Medien überwacht, ob sie auch ausgewogen im Sinne dieser Mehrheit berichten. Sonst gibt es halt Sanktionen.

Drittens kann dieses neue Mediengesetz nur mit Zweidrittelmehrheit verändert werden. Demokratische Korrekturen sind also nur äußerst schwer erreichbar. Das können Sie nun wirklich nicht gut finden oder ignorieren, dass das gegen den Geist der europäischen Grundrechtecharta verstößt. Um so etwas festzuschreiben, wurde extra die Verfassung geändert.

Das alles ist ein Affront gegen die demokratische Gesellschaft Ungarns, die wir sehr schätzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es ist auch ein Affront gegen die Europäische Union; denn ein Land, das so gegen den Geist der Grundrechtecharta verstößt, kann die Europäische Union international nicht glaubwürdig repräsentieren.

Dr. Frithjof Schmidt

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es ist doch klar: Eine solche Ratspräsidentschaft erschüttert die Glaubwürdigkeit Europas, wenn es darum geht, undemokratische Zustände in anderen Teilen der Welt zu kritisieren. Gerade deshalb sollten wir alle die Proteste dort in Ungarn mit besonderem Engagement unterstützen. Das kann niemand als antiungarisch bezeichnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, da irritiert es schon, wenn Ihr Fraktionsvorsitzender im Europaparlament, Herr Daul, sich über die „politisch motivierten Vorwürfe gegen die ungarische Regierung“ mokiert. Ich verstehe ja sein politisches Problem, dass Herr Orbán auch zur Europäischen Volkspartei gehört. Aber bei der Verteidigung der Pressefreiheit darf es eine solche politische Rücksichtnahme nicht geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich sage Ihnen das ganz direkt, denn Sie können hier mit der Europäischen Volkspartei und durch die Europäische Volkspartei helfen. Nehmen Sie Einfluss auf Herrn Orbán! Fordern Sie doch wenigstens, dass er das Gesetz sofort und so lange aussetzt, wie die Europäische Union es prüft. Das wäre doch einmal eine Forderung, wenn Sie sich schon hinter dem Prüfprozess verstecken. Warum tun Sie das eigentlich nicht?

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Wir müssen uns gemeinsam dafür starkmachen, dass die ungarische Regierung dieses Gesetz zurücknimmt und sich darüber hinaus in Wort und Tat an die europäischen Grundwerte hält. Falls Ungarn die beanstandeten Passagen nicht zurücknimmt, muss nach unserer Überzeugung ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden.

Europa ist für viele Menschen überall auf der Welt durchaus ein Vorbild, was Demokratie und Freiheit angeht. Aber nur, wenn wir selbst uns gegen Einschränkungen von demokratischen Rechten in der Europäischen Union zur Wehr setzen, erhalten wir uns diese demokratische Ausstrahlung. Das ist die Aufgabe, die wir auch hier und heute haben. Deshalb haben wir gemeinsam mit der SPD-Fraktion zusätzlich diese Woche den Antrag in den Bundestag eingebracht.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun der Kollege Karl Holmeier für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Karl Holmeier (CDU/CSU):

(C)

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn dieses Jahres hat Ungarn die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernommen. Das ist eigentlich ein bedeutendes Ereignis für die EU. Bedauerlicherweise wird es aber in der europäischen Öffentlichkeit und leider auch in Deutschland von einem ganz anderen Thema überschattet, dem ungarischen Mediengesetz.

Bei der Debatte um dieses Gesetz redet so ziemlich jeder mit, und jeder meint plötzlich, ein Fachmann im Medienrecht zu sein. Das Urteil steht dabei für viele – vor allem für das linke Lager – bereits von Anfang an fest. Das ungarische Mediengesetz verstößt gegen EU-Recht, es verstößt gegen völkerrechtliche Verträge und bedroht die Medienfreiheit. Ich möchte zu diesem Thema keine langen Ausführungen machen und hier weder als Anwalt Ungarns auftreten noch den Eindruck erwecken, mir sei die Freiheit der Medien egal. Ich will Ihnen aber gerne drei Punkte zum Nachdenken ans Herz legen:

Erstens. Eigentlich sollten wir in diesem Rahmen wichtige Themen für unser Land, für Deutschland, diskutieren. Stattdessen reden wir über ein ungarisches Gesetz,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das ist ja nicht zu fassen!)

zu dem es noch dazu nicht einmal eine vollständige Übersetzung gibt. Es entspricht meines Erachtens nicht gerade gutem parlamentarischen Stil, im Deutschen Bundestag über ungarische Gesetze zu debattieren.

(D)

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Dafür muss sich ja jeder FDP-Kollege schämen!)

Ungarn ist ein souveräner Staat genau wie Deutschland.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Sie wollten mal eine Europapartei gründen!)

Genauso, wie wir nicht wollen, dass Ungarn sich in unsere Gesetzgebung einmischt, sollten wir den Ungarn auch nicht in ihre Gesetzgebung hineinreden.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie die Weißwurstdebatte nicht absetzen?)

Zumindest sollten wir eine endgültige Prüfung durch die zuständigen Gremien abwarten.

Zweitens. Ungarn ist im Gegensatz zu vielen anderen Ländern tatsächlich eine lupenreine Demokratie. Ich zitiere einen deutschen Journalisten, der in Ungarn eine deutschsprachige Zeitung herausgibt:

Orbán ist kein Antidemokrat. Und Ungarn ist nicht Nordkorea, ...

Wir können doch einem demokratischen Land wie Ungarn nicht vor Abschluss einer eingehenden juristischen Prüfung unterstellen, rechtswidrige Gesetze zu schreiben

Karl Holmeier

- (A) und Grundrechte wie die Freiheit der Medien zu verletzen.

Der SPD-Europaabgeordnete Martin Schulz hat selbst gesagt, Sorgfalt gehe vor Schnelligkeit. Wenn das so ist, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, warum sind Sie denn so vorschnell dabei, zu erklären, das Gesetz sei rechtswidrig, obwohl es gerade erst geprüft wird? Hier findet eine Vorverurteilung statt, die einem souveränen Staat gegenüber überaus unangemessen ist. Sie ist jedoch gegenüber einem Staat, der mit Deutschland freundschaftlich verbunden und zugleich ein Partner in der Europäischen Union ist, ein offener Schlag ins Gesicht. So geht man mit Freunden nicht um.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der LINKEN: Wer hat denn das geschrieben?)

Dies führt mich zu meinem letzten Punkt: Bei aller möglicherweise berechtigten Kritik sollte man nie vergessen, dass der Ton die Musik macht.

(Zuruf von der SPD: Sie haben ja ganz schrille Töne!)

Der Ton gegenüber den Ungarn ist in dieser Debatte inakzeptabel. Hier wird eine Kampagne gegen Ungarn gefahren, die nicht nur die eingangs erwähnte Ratspräsidentschaft überschattet,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Pressefreiheit à la Bayernkurier!)

- (B) sondern im Rahmen derer Ungarn sogar die Fähigkeit zur Übernahme der Ratspräsidentschaft abgesprochen wird. Das ist das eigentlich Skandalöse.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Nehmen Sie mal einen anderen Redenschreiber als den vom Bayernkurier!)

Hier wird eine bürgerlich-konservative Regierung an den Pranger gestellt.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier wird Schaden an freundschaftlichen Beziehungen angerichtet.

Hier werden die ungarischen Bürger, die in der Mehrheit die Kritik an dem Gesetz nicht teilen,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Da kenne ich noch andere Länder, wo die Kritik auch nicht geteilt wird!)

provoziert und gegen Bürger anderer EU-Staaten, auch Deutschlands, aufgebracht. Dies gilt übrigens auch für ungarische Journalisten. Die Journalisten in Ungarn sind es letztlich, die von dem Gesetz betroffen sind.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Bürger nicht, oder was?)

Sie fühlen sich jedoch anders als viele vermeintliche Retter der Medienfreiheit nicht durch das neue Mediengesetz eingeschränkt. Sie halten den Aufschrei gegen das Gesetz für überzogene Hysterie. Die viel zitierte Selbstzensur wird in Ungarn jedenfalls nicht befürchtet.

Diese Kampagne ist unverantwortlich, und damit be- (C)
fassen wir uns in einer Aktuellen Stunde. Die Ratspräsidentschaft und die Schwerpunkte, die Ungarn setzen möchte, wären ein würdiger Anlass für eine Debatte gewesen;

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das ist eine schöne Volkskammerrede vor 1989!)

ein in der Prüfung befindliches nationales Gesetz Ungarns ist es aus meiner Sicht nicht.

Abschließend wünsche ich der ungarischen Regierung viel Erfolg bei ihrer Ratspräsidentschaft.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ich liebe euch alle!)

Ungarn hat sich viel vorgenommen und steht vor großen Herausforderungen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ich liebe euch alle!)

Es möchte Europa stärken und stabiler machen, es möchte Europa bürgernäher machen,

(Zuruf von der LINKEN: Auch freier?)

und es möchte dabei als ehrlicher Makler auftreten. Meine Unterstützung hat die ungarische Regierung hierbei.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Peinlich, peinlich, peinlich! Vorwärts immer, rückwärts nimmer!)

(D)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Martin Dörmann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Martin Dörmann (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, ausgerechnet Ungarn! Ungarn, dem Deutschland und die anderen europäischen Länder so viel zu verdanken haben, Ungarn, das 1989 zu jenen Ländern gehörte, die einen entscheidenden Anteil an der Überwindung des Eisernen Vorhangs hatten, Ungarn, das wir alle als ein Symbol für den Kampf um Meinungsfreiheit und andere Freiheitsrechte verstehen. Europa – da sind wir uns, denke ich, alle einig – sähe ohne das entschiedene Handeln der Ungarn im Jahre 1989 anders aus.

Ich freue mich, dass heute der stellvertretende Botschafter Ungarns unter uns ist. Wir begrüßen es sehr, dass Ungarn die Ratspräsidentschaft hat, weil es uns die Chance gibt, gemeinsam mit den Ungarn auch über diese Themen zu diskutieren. Denn so wie wir den Ungarn für ihren damaligen Mut dankbar sind, so können die Ungarn heute von uns umgekehrt erwarten, dass wir uns zur Bedrohung der Meinungsfreiheit in ihrem Land deutlich zu Wort melden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Martin Dörmann

- (A) Warum hat Ungarn einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union gestellt? Weil die Menschen in die Europäische Union aufgenommen werden wollten, damit auch in die europäische Werteordnung. Heute sind sie angekommen. Jetzt steht auf dem Prüfstand, ob wir das ernst nehmen, ob wir uns als diejenigen verstehen, die die Rechte, die das ungarische Volk an dieser Stelle hat, auf europäischer Ebene durchsetzen. Darum geht es heute.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht das ungarische Volk, das dieses Gesetz beschlossen hat; es ist in einer Nacht-und-Nebel-Aktion von der konservativen Regierung Orban mit ihrer Zweidrittelmehrheit, die sie nun einmal im Parlament hat, durchgedrückt worden, wie ich meine, ohne Rücksicht auf Verluste.

Ich will eine ungarische Stimme zitieren. Der ungarische Autor György Konrad beschreibt die Folgen dieses Mediengesetzes wie folgt:

Wir sprechen von einem Mediengesetz, doch im Wesentlichen geht es um die Erstickung der Presse- und kulturellen Freiheit. Gestohlen wird uns das, was das Ziel und die Errungenschaft der öffentlichen und illegalen demokratischen Bewegung sowie das Wunder von 1989 war. ...

Die Rede ist von einer neuartigen Diktatur. Ihre Neuartigkeit besteht darin, dass sie versucht, innerhalb der Europäischen Union zu existieren und zu wirken.

- (B) Lassen wir nicht zu, dass die Werte Europas auf diese Weise ausgehöhlt werden. Schweigen wir nicht, wenn die Berlusconi und Orbans in Europa selbst bestimmen wollen, ob Kritik an ihnen erlaubt ist oder eben nicht. Eine staatliche Kontrolle der Medien, so wie es das ungarische Mediengesetz vorsieht, steht im Widerspruch zur Charta der Grundrechte der EU, zur Europäischen Menschenrechtskonvention und zu den Grundrechtstraditionen der Mitgliedstaaten. Angriffe auf die Presse- und Medienfreiheit und auf das Prinzip der Gewaltenteilung sind Angriffe auf den Wesenskern der Europäischen Union. Alle demokratisch gesinnten Kräfte sind aufgerufen, sich derartigen Entwicklungen entschieden entgegenzustellen. Deshalb ist das weitgehende Schweigen der Bundesregierung in der Tat kaum nachvollziehbar.

Herr Dr. Hoyer, ich schätze Sie als Kölner Kollege und – Sie wissen das – als einen sehr bedächtig und angemessen redenden Menschen. Ich habe Sie beobachtet; ich interpretiere das. Ich glaube, es kann Ihnen bei den Wortbeiträgen, die heute sowohl aus Reihen der FDP-Fraktion als auch der Unionsfraktion gekommen sind, nicht wohl gewesen sein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich finde es schon skandalös, wenn hier, wie schon gestern im Europäischen Parlament, ein Vergleich zwischen dem nordrhein-westfälischen Mediengesetz und dem ungarischen Mediengesetz gezogen wird. Gegen einen Verstoß gegen Datenschutzbestimmungen vorzuge-

hen, ist doch etwas anderes, als in einem Gesetz die Pflicht zur ausgewogenen Berichterstattung zu konstatieren, wie es in Ungarn geschieht, zumal ein einseitig regierungsnah besetztes staatliches Gremium – der Kollege Dr. Schmidt hat zu Recht darauf hingewiesen – definieren, kontrollieren und sanktionieren kann, unter klarer Missachtung der Gewaltenteilung. Dabei gehört doch die Möglichkeit, in der Berichterstattung eine Tendenz zum Ausdruck zu bringen, zum Wesen der Meinungsfreiheit. Deshalb sage ich auch: Es ist bedauerlich, dass sich die deutschen Medien, die sehr stark in Ungarn vertreten sind, bisher sehr zurückhaltend geäußert haben. Ich hoffe nicht, dass das ein erstes Zeichen dafür ist, dass dieses Gesetz wirkt; denn wir alle wissen: Gerade Mediengesetze wirken nicht erst dann, wenn der erste Journalist eine Strafe zahlen muss oder wenn die erste Zeitung geschlossen wird. Ein solches Mediengesetz wirkt bereits dann, wenn alle die Gefahr sehen und wenn die Schere im Kopf da ist. Genau das ist das Ziel dieses Gesetzes.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb müssen wir uns hier und heute äußern. Es reicht nicht, wenn die FDP sagt, wir müssten sachlich debattieren. Sie haben hier nicht sachlich debattiert, weil Sie am Kern des Problems vorbeigegangen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die SPD-Fraktion fordert von der ungarischen Regierung und dem ungarischen Parlament nicht nur die inzwischen halbwegs zugesagte Überprüfung, sondern tatsächlich die Aufhebung, zumindest aber die Aussetzung des undemokratischen und europarechtswidrigen Mediengesetzes.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Sind Sie der Souverän?)

Wir erwarten von der Bundesregierung, von der EU-Kommission und auch vom EU-Parlament, dass diese sich mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für dieses Ziel einsetzen.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Das ist eine Anmaßung! So etwas Undemokratisches!)

Dafür haben wir sie geschaffen.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Martin Dörmann (SPD):

Das wäre im Interesse eines freien und demokratischen Ungarn und im Interesse eines zukunftsfähigen Europas. Darum geht es hier.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(A) Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die Bundesregierung hat nun Herr Staatsminister Dr. Werner Hoyer das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie alle waren wahrscheinlich noch mit dem Aufhängen der Weihnachtsgugeln befasst, als ich in den Tagen vor Heiligabend in deutlicher Form zu den Sorgen über das ungarische Mediengesetz Stellung genommen und damit in Budapest zweifellos nicht nur Freude ausgelöst habe. Aber ich war der Auffassung, dass es erforderlich ist, frühzeitig darauf hinzuweisen, wenn man Bedenken hat. Man muss kein endgültiges Urteil abgeben, aber man muss Fragen stellen, und die müssen vom Adressaten befriedigend beantwortet werden. Wenn sie nicht befriedigend beantwortet werden, muss man gegebenenfalls etwas ändern. Das ist deutlich geworden.

Ich möchte mich bei all denen bedanken – Sie eingeschlossen –, die das Thema, über das wir heute diskutieren, in einen größeren Rahmen stellen. Der große Rahmen ist durch das geprägt, was wir an den Ungarn bewundern und was wir ihnen zu verdanken haben. Ich spreche von dem unbändigen Freiheitswillen, der in Ungarn als dem ersten Land zum Ausdruck gekommen ist, als es zu einem großen Aufstand kam. Er ist auch dadurch zum Ausdruck gekommen, dass die Ungarn Deutschen den Weg über Österreich in die Freiheit ermöglicht haben. Das war eine großartige Leistung. Wir haben in den 90er-Jahren immer gesagt: Wir werden euch das nie vergessen. – Nach einiger Zeit haben mir ungarische Freunde gesagt: Wir können es nicht mehr hören. Ihr müsst einmal konkret werden. Ihr dürft nicht immer nur Worte machen. – Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, dass wir die Ungarn, die jetzt erfreulicherweise in unserer Wertegemeinschaft der aufgeklärten, rechtsstaatlichen europäischen Demokratien angekommen sind, darauf hinweisen, dass wir wegen einer möglichen Fehlentwicklung Sorge haben. Wir sollten das aber bitte in einem Umgangston tun, der diesem besonderen Verhältnis Deutschlands zu Ungarn angemessen ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir haben – auch das ist bereits gesagt worden – ein Interesse an einer starken und erfolgreichen ungarischen Ratspräsidentenschaft, zumal in einer für die Europäische Union herausfordernden Zeit. Bei den im letzten Jahr gestellten Weichen ist jetzt Entschlossenheit das Gebot der Stunde, Entschlossenheit bei der Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Rates, zum Beispiel um unsere Währung sturmfest zu machen, Entschlossenheit, auch der Haushaltskonsolidierung, fortzusetzen, und Entschlossenheit, neue Wege bei der Vertiefung und bei dem Zusammenwachsen Europas zu gehen. Daher ist die Ratspräsidentenschaft wichtig.

Eine Ratspräsidentenschaft ist aber kein Orden, den man sich ans Revers heftet, sondern Ratspräsidentenschaft heißt: gründliche Vorbereitung und sehr viel Arbeit. Wir wünschen unseren ungarischen Freunden viel Erfolg bei dieser kräftezehrenden Aufgabe, und wir werden sie nach Kräften unterstützen. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Durchführung der Ratspräsidentenschaft bringt eine besondere Verantwortung mit sich. Trotz des Inkrafttretens des Vertrages von Lissabon ist das jeweilige Mitgliedsland, das die Ratspräsidentenschaft wahrnimmt, die Stimme Europas. Ungarn spricht in diesem ersten Halbjahr für die ganze Europäische Union, für uns alle. Es ist daher leicht nachvollziehbar, dass sich der Fokus in dieser Zeit auf die Ratspräsidentenschaft richtet. Niemand kann ein Interesse daran haben, dass sich auf die exzellent vorbereitete Ratspräsidentenschaft ein Schatten legt, der die bisherigen Bemühungen überlagert.

Europa – das ist Einheit in Vielfalt: Vielfalt im Sinne eines toleranten Miteinanders, das pluralistische Strömungen zulässt und die Rechte der Minderheiten ganz besonders schützt. Dies war das Leitmotiv der Antrittsrede von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Europäischen Parlament zu Beginn der deutschen Ratspräsidentenschaft 2007. Es sollte uns auch heute noch leiten.

Vereint sind wir in Europa auch als Gemeinschaft der Werte, auf die wir alle verpflichtet sind: Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit. Das sind die Säulen. Sie wurden vor langer Zeit erkämpft und tragen Europa. Eines ist klar: Die Freiheit der Presse ist ein fundamentaler Wert in diesem Kontext. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nicht für Pressefreiheit einzustehen, hieße, dieses Fundament zu gefährden. Wir würden an Glaubwürdigkeit verlieren, auch und gerade im Gespräch mit Staaten, die wir von diesen Werten zu überzeugen versuchen.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau, Herr Kollege!)

Wenn Bedenken aufkommen, dass die Freiheit der Presse in einem Mitgliedsland der Europäischen Union irgendeiner inhaltlichen Kontrolle unterworfen sein könnte – sei es auch nur in Form einer antizipierten Selbstzensur, gewissermaßen einer Schere im Kopf –, dann ist das für die Union als Ganzes Grund zur Besorgnis, ganz besonders, wenn dieses Land die Ratspräsidentenschaft innehat. Dieser Anspruch, den wir hier erheben, richtet sich an ein bereits in Kraft getretenes und damit in seinem Anwendungsbereich allgemeingültiges Gesetz und nicht erst an mögliche Formen der konkreten Anwendung. Es zeugt übrigens von einem merkwürdigen rechtsstaatlichen Verständnis, wenn man das anders sieht. Die Bundesregierung hat sich von daher klar positioniert. Wir haben unserer Erwartung Ausdruck verliehen, dass die Stellen im Mediengesetz geändert werden, die mit fundamentalen Werten in Konflikt stehen.

Ich halte auch nichts davon, dass wir zulassen, dass das ungarische Gesetz mit Gesetzen verglichen wird, die

Staatsminister Dr. Werner Hoyer

- (A) im Bundestag oder in unseren Landesparlamenten verabschiedet wurden. Damit tun wir uns selbst unrecht.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mir heute die Mühe gemacht, das nordrhein-westfälische Mediengesetz noch einmal genau zu lesen. Es ist zwischen 1966 und 2008 von 27 auf sympathische 17 Paragraphen reduziert worden. Das ungarische Mediengesetz ist dagegen im Original ein richtiger Wälzer. Kein Wunder, dass noch nicht jeder die Übersetzungen gelesen hat. Im nordrhein-westfälischen Mediengesetz kann ich wirklich nichts Angreifbares bezüglich des Sachverhaltes finden, über den wir hier sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen ehrlich mit uns selbst sein. Ich finde es nicht angemessen, den Kolleginnen und Kollegen aus Nordrhein-Westfalen, gleich welcher Fraktion, solche Vorwürfe zu machen.

Ich möchte deutlich machen, dass durchaus einzelne Elemente des ungarischen Mediengesetzes in verschiedenen Gesetzen der Europäischen Union vorhanden sein können und dort möglicherweise sogar Sinn machen. Datenschutzvorschriften zum Beispiel nehme ich außerordentlich ernst. Diese wurden auch beim nordrhein-westfälischen Gesetz inkriminiert; das kann ich überhaupt nicht verstehen. Erst die Kumulation von Einzelvorschriften zu einem Gesamtwerk kann Bedenken auslösen oder Probleme verschärfen.

(B)

Ich möchte einige unserer Zweifel konkret benennen. Dazu gehören die umfassenden Kompetenzen des neu geschaffenen Medienrates zur Kontrolle von Inhalten der Berichterstattung, die einseitige personelle Besetzung dieses Gremiums für einen Zeitraum von immerhin neun Jahren,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Höchstens!)

die im Gesetz verankerte Pflicht zur Offenlegung von Quellen – das ist ein im Hinblick auf die Freiheit von Journalisten ganz elementarer Satz –, die inhaltlichen Vorgaben durch zahlreiche unbestimmte Rechtsbegriffe, verknüpft mit weitreichenden Sanktionsmöglichkeiten, und der den öffentlich-rechtlichen Sendern obliegende Zwang zur Übernahme der Nachrichten einer einzigen staatlichen Nachrichtenagentur.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur noch gegen links!)

Unser Rat an unsere guten ungarischen Freunde ist, die bestehenden Zweifel in enger Zusammenarbeit mit der Kommission und der OSZE auszuräumen. Die OSZE hat gestern durch ihre Medienbeauftragte eine erste, weitgehend mit unseren vorsichtigen Analysen übereinstimmende Bewertung abgegeben. Ich finde, dies ist nicht nur vor dem Hintergrund der im Befreiungsprozess von Mittel- und Osteuropa begründeten historischen Kompetenz der OSZE von besonderer Bedeutung. Wir

- sind nicht nur den Grundsätzen der Europäischen Union, sondern auch denen der OSZE verpflichtet. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Kommission wird in den nächsten Tagen zu den Punkten, an denen sie Nachbesserungsbedarf vermutet, Fragen stellen. Ehrlicherweise muss man mit Offenheit an diese Prüfung herangehen; denn wir bewegen uns auf dem Gebiet einer sehr schwierigen Rechtsmaterie. Es ist weiß Gott viel zu früh, endgültige Festlegungen zu treffen. Aber die richtigen Fragen müssen von der Kommission gestellt werden.

Wir sind zuversichtlich, dass es hier zu substantziellen Verbesserungen kommen kann. Gleichzeitig sehen wir natürlich das Problem des maßgeblichen Prüfungsmaßstabes. Eine solche Einschränkung der Pressefreiheit wäre eben nicht nur eine Verletzung sekundärrechtlicher Vorschriften. Eine solche Einschränkung würde den Kern unserer Grundwerte und Grundrechte berühren. Sie muss daher auch unter diesem Gesichtspunkt, das heißt primärrechtlich, behandelt werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch hier ist die Kommission als Hüterin der Verträge gefordert. Übrigens ist und war die Beachtung dieser Grundwerte auch Voraussetzung für einen Beitritt zur Europäischen Union.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Genau! – Weiterer Zuruf von der SPD: So ist es!)

(D)

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Die Bundesregierung hat die Dimension und das Gewicht dieser Problematik erkannt, zumal die innenpolitische Entwicklung in Ungarn nicht nur von diesem Gesetzgebungsvorhaben geprägt ist. Als große und überzeugte Freunde Ungarns stehen wir jederzeit zur Unterstützung bereit. Wir bitten unsere Freunde in Ungarn, das nicht als Angriff auf Ungarn misszuverstehen. Das ist eine ganz konkrete Hilfe unter Partnern und Freunden in der Europäischen Union, bei der es darum geht, Fehlentwicklungen zu vermeiden und Schaden von Ungarn und der Europäischen Union abzuwenden.

Jetzt ist die Kommission am Zuge. Ich habe Vertrauen darauf, dass die Kommission ihrer Pflicht zur sorgfältigen Analyse vollumfänglich nachkommt. Und: Ich begrüße die von Außenminister Martonyi geäußerte Bereitschaft, auf den Rat guter Freunde einzugehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Martin Dörmann [SPD]: Da müssen aber einige Kollegen der Koalition ihre Reden umschreiben!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Frank Hofmann hat das Wort für die SPD-Fraktion.

(A) **Frank Hofmann** (Volkach) (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister Hoyer, ich möchte Ihnen ganz persönlich recht herzlich für diese Rede und die Offenheit danken,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

mit der Sie die Verbundenheit zum ungarischen Volk, aber auch die möglichen Kritikpunkte deutlich angesprochen haben. Ich frage mich, wie es sein kann, dass Herr Holmeier zu einer völlig anderen Einschätzung kommt;

(Dr. Eva Högl [SPD]: Oh ja! Das fragen wir uns alle!)

auch er gehört doch, wie ich glaube, dieser Regierungskoalition an.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe festgestellt, dass die FDP nach dieser Rede reungslos dasaß.

An dieser Stelle möchte ich auch Herrn Wadephul ansprechen. Sie haben dieses Thema aus meiner Sicht behandelt, als gehe es um so etwas wie einen Verwaltungsakt, den man erst einmal abwarten sollte. Ich hoffe, dass Sie, nachdem Sie die Rede des Staatsministers gehört haben, zu einer anderen Einschätzung kommen werden.

(B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nämlich um den Kern der europäischen Grundrechte. Diese Formulierung hat der Staatsminister gebraucht, und ich greife sie gerne auf.

(Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU]: Aber die Verletzung ist doch noch nicht erwiesen! Sie wird doch gerade erst geprüft!)

– Es ist eine politische Aufgabe, sich über dieses Thema zu unterhalten. Dazu sind wir hier. Wir sind kein Verwaltungsgericht, sondern wir müssen Politik machen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einige weitere Punkte ansprechen. Ich war zusammen mit Axel Schäfer am 5. Januar dieses Jahres in Budapest. Dort haben wir uns mit zwei Chefredakteuren zweier Zeitungen und mit dem stellvertretenden Staatssekretär Pröhle unterhalten. Ich möchte Ihnen von meinen Eindrücken aus diesen Gesprächen berichten.

Die Partei Fidesz erhielt bei den Wahlen einen Anteil von etwa 52 Prozent der abgegebenen Stimmen und verfügt durch Direktmandate über eine Zweidrittelmehrheit. Wir hören immer nur von einer Zweidrittelmehrheit der Partei. Sie stellt inzwischen aber nicht nur die Regierung und beherrscht das Parlament, sondern sie besetzte auch sämtliche Verfassungsorgane und nahezu alle Einrich-

tungen des öffentlichen Lebens. Im Moment gibt es noch eine Ausnahme, nämlich die Zentralbank. In der Ministerialbürokratie wurden bereits sämtliche Leitungsposten bis zur Ebene der Referatsleiter neu besetzt. Die bisherigen Amtsinhaber wurden entlassen. Ohne Angabe von Gründen kann das Personal in der öffentlichen Verwaltung mit einer Frist von zwei Monaten entlassen werden. Wenn wir bei uns von Beamten reden, wissen wir, was das bedeutet.

Trotz Neubesetzung durch zwei Fidesz-treue Richter wies das Verfassungsgericht eine rückwirkende 98-prozentige Sondersteuer auf Abfindungen im öffentlichen Sektor einstimmig zurück. Was machen Herr Orban und seine Regierung? Sie brachten das Gesetz mit kleinen Änderungen erneut ein und entzogen gleichzeitig dem Verfassungsgericht de facto die Normenkontrollbefugnis für den Fiskalbereich. Vor diesem Hintergrund kann ich nur davor warnen, darauf zu vertrauen, dass es im Medienbereich schon nicht so schlimm kommen werde, wie die Kritiker befürchten.

Das Mediengesetz und die Medienverfassung sind aus meiner Sicht ein weiterer Schritt, um allein die Partei in den Vordergrund zu stellen. Es wurde schon erwähnt, dass nun für neun Jahre eine Fidesz-Repräsentantin den Vorsitz im neu geschaffenen Medienrat führt. Dabei geht es nicht um die Kontrolle des Wettbewerbs, sondern um die Medieninhalte. Durch regierungstreues Personal wird das Ganze dann kontrolliert und sanktioniert, gesellschaftliche Gruppierungen sind nicht vertreten, das sprachen Sie ja schon an. Es geht um die erklärten Ziele, nationale Werte zu vermitteln und die kulturelle Identität der Ungarn zu stärken. Es sind die unbestimmten Rechtsbegriffe, deren Auslegung von der Medienbehörde und deren Medienpolizei vorgenommen wird, die die Presse- und Medienfreiheit beeinträchtigen.

In einem Gespräch im *Deutschlandradio* gestern Morgen berichtete Hans-Gert Pöttering, dass Orban in der Fraktion der Christdemokraten eingestanden habe, dass er das Mediengesetz schon früher hätte einbringen müssen, aber mit Rücksichtnahme auf die Opposition dies erst im Dezember erfolgt sei. Das stimmt nicht mit dem überein, was wir in Ungarn erfahren haben. Dieses Gesetz wurde nicht durch Orban eingebracht, auch nicht durch die Regierung, sondern durch einen einzelnen Abgeordneten. Üblich ist dieses Verfahren der Einbringung durch einen einzelnen Abgeordneten, wenn es um kleine Änderungen einzelner Paragraphen in einem Gesetzeswerk geht, das nur von regionaler Bedeutung ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer von uns wäre in der Lage, so ein Gesetz wie dieses Mediengesetz zu schreiben und einzubringen? Es sind im Original 120 Seiten, und die Übersetzung umfasst fast 200 Seiten.

Charme hat diese Einbringung durch einen einzelnen Abgeordneten aus der Sicht der Regierung und von Orban deshalb, weil es so verkürzte Fristen gibt, und nicht deshalb, weil man der Opposition entgegenkommen wollte, wie Orban gestern suggeriert hat. Über das Mediengesetz fand praktisch keine öffentliche Diskussion statt. Die Diskussion im Parlament wurde auf ein Minimum beschränkt. Von 220 Änderungsanträgen wur-

Frank Hofmann (Volkach)

- (A) den nur 22 zur Abstimmung gestellt. Zwischen der Einbringung des Entwurfs und der Verabschiedung ist nur ein knapper Monat vergangen.

Am 3. oder 4. Januar 2011 legte die Regierung eine erste englische Übersetzung vor. Dummerweise fehlten entscheidende Passagen, in denen es gerade um einschneidende Sanktionsmöglichkeiten ging. Deshalb bestand Barroso nun darauf, eine Übersetzung in der EU-Kommission anfertigen zu lassen. Meine Damen und Herren, Vertrauen sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, Sie kommen bitte zum Ende?

Frank Hofmann (Volkach) (SPD):

Ja. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die ungarische Medienverfassung atmet nicht den Geist der europäischen Verfassung und von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Spitzen der EU haben versäumt, frühzeitig auf die Probleme hinzuweisen. Die Zurückhaltung war keine vornehme Zurückhaltung, sondern aus meiner Sicht eine politische Dummheit.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege!

- (B) **Frank Hofmann (Volkach) (SPD):**

Dafür, dass es zu dieser Konfrontation im Europäischen Parlament gekommen ist, tragen die konservativen Regierungschefs, auch Bundeskanzlerin Merkel, Verantwortung. Das Ganze war alles andere als eine Glanzleistung. Wer meint, man könne so etwas aussitzen, muss nachsitzen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Johannes Selle hat nun das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Johannes Selle (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren hier im Zuge der ersten Aufregung ein ungarisches Mediengesetz. Es gilt seit dem 1. Januar 2011. Die englische Fassung gibt es erst seit 14 Tagen. Sie ist 225 Seiten lang.

Das neue Gesetz löst ein altes Gesetz von 1996 ab, das unter der alten sozialistischen Regierung entstanden war. Mit dem Gesetz war es nicht möglich, die Jugend vor rassistischer Hetze und pornografischem Unrat zu

schützen. Es war auch nicht möglich, die Holocaustleugnung zu verbieten. (C)

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ach, das wird jetzt erst möglich? – Gegenruf des Abg. Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Genau das ist der Fall!)

Wiederholte Verletzungen von Menschenrechten und Menschenwürde ausreichend zu ahnden, war ebenfalls nicht möglich.

Die privaten Sender – im Wesentlichen *RTL* – haben in Ungarn einen Marktanteil von 45 Prozent, die öffentlich-rechtlichen Sender einen von 10 Prozent.

Ein strengeres Mediengesetz wurde von Fidesz, der Partei des Ministerpräsidenten, vor der Wahl angekündigt. Fidesz errang die Mehrheit der Parlamentssitze und setzte das Wahlversprechen um.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Wunderbar! Super!)

Eine führende ungarische Zeitung hat das Verfassungsgericht angerufen, um das Mediengesetz zu überprüfen. Von großen Teilen der ungarischen Medienwirtschaft wird es aber völlig unaufgeregt behandelt.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Natürlich! Das ist doch klar!)

Zum weiteren gesellschaftlichen Umfeld gehört, dass das Land in den letzten vier Jahren unter sozialistischer Ägide am Rand der Insolvenz entlangschrammte.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wegen der Sozialdemokratie wahrscheinlich!) (D)

Es gehört auch zum gesellschaftlichen Umfeld, dass Ungarn begeistertes Mitglied der EU ist und seit Beginn des Jahres 2011 die Ratspräsidentschaft innehat.

Es ist eine Tugend, Mediengesetze sensibel zu betrachten und kritisch zu hinterfragen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Aha!)

Die Freiheit der Medien ist für uns wesentlich für die Sicherung der politischen Freiheit und der Demokratie.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das merkt man! Viel wichtiger ist der Kampf gegen uns!)

Der gesellschaftliche Fortschritt unseres demokratischen Gemeinwesens ist ohne die Freiheit der Meinungsäußerung und ohne Freiheit bei der Veröffentlichung der Meinung nicht denkbar. Wir haben in Deutschland einschlägige Erfahrungen damit gemacht, und wir wollen nicht mehr in dunkle Zeiten zurückfallen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Nein!)

Deshalb ist es verständlich, dass wir hellhörig sind,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Dafür sind Sie jetzt eine Leuchtfigur!)

ganz besonders wenn es um die eigene Familie geht, nämlich um die Staaten der EU.

Johannes Selle

- (A) Die Freiheit des öffentlichen Beitrages, die unerlässlich für den politischen Dialog und das politische Ringen um den richtigen Weg, zur Aufklärung von Hintergründen und Verstrickungen und von vorteilhaften und nachteiligen Wirkungen ist, wird auch kommerziell genutzt, und zwar mit vielen beklagenswerten Nebenerscheinungen. Terror, Rassismus, Gewaltverherrlichung, Neonazi-Ideologie, Pornografie und Entwürdigung von Frauen und Minderheiten gehören dazu.

(Zurufe von der LINKEN)

Durch solche Themen kann ein demokratisches Gemeinwesen Schaden nehmen und ausgehöhlt werden.

Wir sind in Deutschland noch nicht am Ende mit der Diskussion über das Löschen und Sperren von Internetseiten. Wir haben in Europa einen guten Grund, weiter über die Freiheit der Medien zu diskutieren, solange es für besonders mutig gehalten wird, wenn die Bundeskanzlerin anlässlich der Verleihung eines Medienpreises die Laudatio auf den dänischen Karikaturisten Westergaard hält. Es ist eine Tugend, die Freiheit der Medien zu beobachten, aber es ist keine Tugend, in heftigste Kritik zu verfallen, ohne den vollständigen Gesetzestext überhaupt gelesen haben zu können.

(Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU]: So ist es! – Zuruf von der LINKEN: Haben Sie ihn denn gelesen?)

- (B) Nach dem, was ich zum Beispiel über den so viel gescholtenen Medienrat im ungarischen Gesetz gefunden habe – das habe ich im Original gelesen –, ist er von der Regierung unabhängig, vom Parlament mit zwei Dritteln zu wählen und dem Parlament jährlich rechenschaftspflichtig.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

– Hören Sie doch einmal genau zu. Sie haben gerade die Dominanz und die unausgewogene Berichterstattung angegriffen. – Außerdem wird er nur auf Anforderungen von Bürgern tätig, die geltend machen, dass ihre politischen Argumente nicht dargestellt wurden. Ich kann es mir nur schwer vorstellen, dass ich es gut fände, wenn radikale Gruppen in Deutschland die Darstellung ihrer Argumente erzwingen könnten. Schließlich können Entscheidungen des Medienrates gerichtlich überprüft werden, und zwar mit aufschiebender Wirkung.

Aufgrund einiger Stellen, die ich in dem Gesetz gefunden habe, könnten wir aus diesem Gesetz sogar noch etwas lernen:

(Burkhard Lischka [SPD]: Jetzt wird es aber ganz peinlich! – Weitere Zurufe von der SPD und der LINKEN)

In Art. 27 wird Parteien und politischen Bewegungen verboten, einen Mediendienst oder ein Programm zu finanzieren.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Berlusconi!)

Das sollten wir auf Italien und auch auf Deutschland anwenden. (C)

Gemäß Art. 28 ist es verboten, dass audiovisuelle Nachrichtensendungen und politische Informationssendungen Sponsoring annehmen.

Art. 38 verpflichtet audiovisuelle Mediendienstleister mit signifikantem Einfluss, zu Hauptsendezeiten wichtige Nachrichten zu senden. Hier drängt sich die Erinnerung an den Appell unseres Bundestagspräsidenten auf, den er mehrfach an das ZDF gerichtet hat.

Ein solch komplexes Gesetz, das auch Begriffe enthält, die einer Interpretation unterliegen, lässt sich nicht sofort umfassend beurteilen. Die EU-Kommission ist mit ihrem Apparat bis jetzt noch nicht zu einer Einschätzung gekommen, und es bedarf auch Beispiele der Anwendung in der Praxis und der dazugehörigen Rechtsprechung, um eine ernste und berechtigte Kritik an Ungarn zu richten.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Herr Hoyer, was haben Sie für Koalitionspartner?)

Möglicherweise gibt es Nachbesserungsbedarf hinsichtlich des Quellenschutzes und des Umgangs mit ausländischen Medienanbietern. Der ungarische Staatspräsident Schmitt, der das Gesetz unterzeichnet hat,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Hören Sie doch einmal hin!)

äußerte in diesem Zusammenhang, dass sein Land alles, was es tue, an den gemeinsamen europäischen Standards messe. (D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Selle, kommen Sie bitte zum Ende.

Johannes Selle (CDU/CSU):

Ja, gleich. – Der ungarische Ministerpräsident bestätigte mehrfach wie gerade erst gestern wieder, dass er nach der juristischen Analyse zu Änderungen bereit ist. Dies in aller Gelassenheit abzuwarten, ist das Gebot der Stunde.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: In aller Gelassenheit?)

Eine Beeinträchtigung der EU-Ratspräsidentschaft durch Vorurteile wollen wir jedenfalls nicht gelten lassen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Selle!

Johannes Selle (CDU/CSU):

Unser Vertrauen gilt der ungarischen Demokratie und seinen Repräsentanten.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Natürlich! Wir können viel von diesem Mediengesetz und von Berlusconi lernen!)

Dem sollten sich die Fraktionen anschließen und die Freundschaft mit Ungarn festigen.

Johannes Selle

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Was ist denn jetzt mit Beifall der FDP?)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Axel Schäfer hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Beitrag meines Vorredners kann ich zunächst einmal nur feststellen: Er hat all das, was der Kollege Hoyer zum ungarischen Mediengesetz ausgeführt hat und was ich Wort für Wort unterstreiche, entweder nicht gehört, oder er ist völlig anderer Meinung.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was dann die Freundschaft anbelangt, so hat einmal ein wichtiger bayerischer Ministerpräsident gesagt: Es geht immer auch um die Tapferkeit vor dem Freund. – Genau darum geht es: dass man auch unter Freunden in kritischen Fragen offen und solidarisch miteinander redet, statt kritikwürdige Punkte unter den Teppich zu kehren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Johann Wadehul [CDU/CSU]: Miteinander, nicht übereinander!)

- (B) Dass wir diese Debatte führen, hat auch damit zu tun, dass fast alle Journalistinnen und Journalisten in Deutschland, viele aus der Kultur, aber auch aus anderen Bereichen, seit dem 23. Dezember dieses ungarische Gesetz kritisieren, und das auch in vielen europäischen Ländern. Aus Sicht meiner Fraktion ist es unsere Pflicht, das auch in unserem Parlament zum Thema zu machen. Genau das machen wir heute.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich war mit dem Kollegen Hofmann in Budapest. Wir haben mit Regierungsvertretern, Abgeordneten und Medienvertretern gesprochen. Er hat bereits alles gesagt. Ich brauche das nicht zu wiederholen. Insofern spare ich wieder etwas seiner ein bisschen überzogenen Redezeit ein.

Es ist aber wichtig, dass wir das Gesetz auch im Kontext sehen. Die Regierung wird von 43 Prozent der Wahlberechtigten getragen. Sie hat 53 Prozent der Stimmen und 68 Prozent der Mandate, beansprucht aber 100 Prozent der Macht. Das geht in keinem europäischen Land. Das geht nirgendwo.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Völliger Quatsch!)

Was die Kolleginnen und Kollegen von der CSU angeht, die das in besonderer Weise verteidigen, kann ich nur sagen: Glück gehabt, Deutschland! Auch nachdem

die CSU in Bayern mal eine Zweidrittelmehrheit hatte, funktioniert die Demokratie. (C)

(Zuruf von der SPD: Überwiegend!)

– Überwiegend, okay. – Wir sind in Sorge, dass angesichts der Maßnahmen dieser Mehrheit die Demokratie in Ungarn auf Dauer nicht mehr funktioniert. Die Demokratie bemisst sich nämlich nicht nur an der Möglichkeit, als Regierung etwas gestalten zu können, sondern auch an der Möglichkeit, als Opposition und Minderheit Meinungen zu vertreten.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

All das ist wirklich besorgniserregend. Auch wir mussten ja unsere eigene demokratische Tradition erst lernen und entwickeln. Selbstverständlich gibt es auch bei uns zu Recht bei Regierungswechseln Veränderungen im Personalbereich. Aber wir können immer noch auf die Loyalität und Gesetzestreue derjenigen bauen, die bei uns in der öffentlichen Verwaltung und den Regierungsapparaten tätig sind.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Heißt das, dass es anderswo nicht möglich ist?)

Aber Gesetze zu machen, aufgrund derer man selbst die weniger wichtigen Referenten oder Referentinnen mit einer zweimonatigen Kündigungsfrist ohne Angabe von Gründen einfach auswechseln kann, hat nichts mit einer demokratischen Kultur zu tun, die von Vielfalt lebt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Sagen Sie einmal etwas zu den USA! Mittwochmorgen nach der Wahl!) (D)

Es ist auch ein bisschen besorgniserregend, dass in einem Parlament – wir kritisieren schließlich kein Land, sondern eine politische Partei – in sieben Monaten 120 Gesetze teilweise nach dem Verfahren verabschiedet wurden, das der Kollege Hofmann beschrieben hat. Es gab acht Verfassungsänderungen, darunter eine, nach der das Verfassungsgericht seiner Aufgabe nicht mehr nachkommen darf. Nämlich: Gesetze auf ihre Verfassungskonformität zu prüfen und gegebenenfalls Parlament und Regierung zu erklären, dass sie einen Gesetzentwurf vorgelegt oder verabschiedet haben, der nicht verfassungsgemäß ist. Das haben die Parlamentsmehrheit und die Regierung in Ungarn so gemacht. Auch dazu müssen wir etwas sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir befinden uns in Europa – das ist wichtig – in einer demokratischen Gemeinschaft. Wir diskutieren hier als Europäerinnen und Europäer. Es war richtig, dass wir, als die Sozialdemokraten in der Slowakei mit einer populistischen Partei koalitiert haben,

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber euphemistisch umschrieben!)

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) nicht gesagt haben: „Wartet ab“, sondern diesen Sozialdemokraten das Stimmrecht in der sozialdemokratischen Familie entzogen haben, weil wir Sorgen haben. Es ist gut, dass wir nun das in Ungarn verabschiedete Mediengesetz zumindest kritisieren, weil wir Sorgen haben.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Wie haben Sie sich denn gegenüber Österreich verhalten?)

Das drücken wir heute aus. Deshalb ist diese Debatte so gut und so wichtig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Burkhardt Müller-Sönksen hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, was gilt denn jetzt? Herr Holmeier oder Herr Hoyer?)

Burkhardt Müller-Sönksen (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns Liberale ist die Freiheit der Medien nicht verhandelbar; das sollte hier vorweg gesagt sein.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Lieber Herr Dr. Dehm, ich bin beschämt, dass Sie versuchen, dieses ernste und wichtige Thema in Europa auf Kommunismusschelte oder Kommunismushatz zu reduzieren. Das hat dieses Thema nicht verdient.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Wenn Intellektuelle im Ausland verfolgt werden!)

Dass Sie versuchen, dieses Wort des Jahres – für mich jedenfalls ist es ein Unwort – zum Diskussionsgegenstand zu machen, ist unanständig. Belasten Sie diese Diskussion nicht mit diesem Wort!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Nein, das ist die Realität! Informieren Sie sich mal! – Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Das sagen die Täter!)

Ich danke Staatsminister Hoyer für seinen Beitrag, den ich für sehr ausgewogen halte. Ich verstehe ihn so, dass er damit im Interesse Deutschlands und Europas, aber auch – ohne bevormundend sein zu wollen – im Interesse Ungarns einen Rat unter Freunden geben wollte. Das ist genau das, was wir tun und den Ungarn in großer Dankbarkeit zurückgeben können. Genauso positiv nehme ich auf, dass der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban angekündigt hat, man sei bereit, das umstrittene Mediengesetz zu ändern, falls dies aus juristischen oder politischen Gründen notwendig sein sollte.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das hat er gestern gerade nicht gesagt!)

Angesichts der immer schärfer werdenden Kritik sollte er dieser Ankündigung auch Taten folgen lassen. (C)

Die ungarische Opposition, Journalisten jeglicher politischen Couleur, Künstler und Internetaktivisten demonstrieren gegen das umfangreiche Gesetzeswerk. Obwohl es umfangreich ist, sprechen wir bereits heute darüber. Lassen Sie uns zu einem späteren Zeitpunkt nach gründlicher Analyse hierauf zurückkommen! Das EU-Parlament und auch wir im Bundestag sorgen uns fraktionsübergreifend um die Meinungsvielfalt und die Meinungsfreiheit in Ungarn. Die ungarische Regierung darf den erfolgreichen Weg hin zu einer tragfähigen demokratischen Struktur nicht verlassen, indem sie die Unabhängigkeit der Medien zur Disposition stellt.

(Beifall bei der FDP)

Für mich als Liberalen sind die Freiheit der Presse und die Unabhängigkeit aller Medien unverzichtbare Voraussetzung demokratischer Meinungsbildung. Die FDP versteht sich in langer Tradition als Hüter der Medienfreiheit. Wir sind alarmiert und setzen uns seit Wochen auf EU-Ebene und, wie Staatsminister Hoyer soeben anschaulich beschrieb, über die deutsche Außenpolitik vehement für Änderungen am ungarischen Mediengesetz ein.

Die EU-Kommission prüft derzeit die Vereinbarkeit des Mediengesetzes mit den EU-Verträgen. Dieser Prüfung sollten wir keinesfalls vorgreifen. Aber es geht nicht nur um eine juristische, sondern auch um eine politische Überprüfung. Wir sollten immer der politischen und nicht der juristischen Bewertung den Vorrang geben. Wir sollten eben nicht allein auf die Kommission schauen, (D)

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: So ist es!)

sondern aufzeigen, wo das ungarische Mediengesetz demokratische Werte verletzt, und entsprechende Änderungen einfordern.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Aha!)

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE, weist auf die Verletzung ihrer Kriterien zur Medienvielfalt hin. Staatsminister Hoyer hat eben schon ausgeführt, dass es dort Ansatzpunkte der Kritik gibt.

Lassen Sie mich konkrete Beispiele nennen. Nunmehr gibt es in Ungarn eine nationale Medien- und Kommunikationsbehörde. Diese Zentralbehörde bündelt alle Regulierungs- und Aufsichtsaufgaben unter einem Dach. Die Leitung dieser mächtigen Behörde wird auf neun Jahre direkt vom Ministerpräsidenten ernannt. Erste Amtsinhaberin ist – für mich wenig überraschend – eine langjährige Medienpolitikerin der Regierungspartei. Neben der Leitung der Medienbehörde obliegt ihr ebenfalls die Leitung des Medienrates, der für die Programmkontrolle der Medien zuständig ist. Wenn Regulierung und Inhaltskontrolle in den Händen einer einzelnen Person liegen, die ihr Amt auch noch vom politischen Mehrheitsführer erhält, ist es um die Meinungsvielfalt sehr schlecht bestellt.

(Beifall im ganzen Hause)

Burkhardt Müller-Sönksen

(A) Die ungarische Regierung verteidigt sich mit dem Hinweis auf vergleichbare Strukturen in anderen europäischen Ländern. Zwar kritisiere ich als medienpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion die Staatsnähe einiger deutscher Medien immer wieder scharf. Wir streiten in Deutschland aber darüber, wie die Selbstkontrolle der Medien noch staatsferner organisiert werden kann. Bereits jetzt werden die Aufsichtsgremien pluralistisch durch die gesellschaftlich relevanten Gruppen gebildet. Insofern verbietet sich glücklicherweise ein Vergleich Ungarns mit Deutschland, nicht nur mit Nordrhein-Westfalen.

Dies gilt auch für Vergleiche im Hinblick auf journalistischen Quellenschutz. Im Gegensatz zur ungarischen Regierung haben wir diesen Schutz erst kürzlich erhöht. Wir vertrauen darauf, dass der investigative Journalismus einen unverzichtbaren Beitrag zur demokratischen Kontrolle unseres Staates liefert. In Ungarn hingegen dürfen seit dem 1. Januar 2011 Informationen über die Identität der Quelle geheimer Daten nicht mehr vertraulich gehalten werden, sofern es sich um widerrechtlich qualifizierte Daten handelt oder nationale Interessen davon berührt sind.

Ich komme zum Schluss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle haben uns schon einmal über eine – nennen wir es einmal so – unausgewogene Berichterstattung in den Medien geärgert. Diese müssen wir aber aushalten. Die Medien leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum demokratischen Meinungsaustausch. Wer die Freiheit der Medien beschneidet, der schadet der Demokratie.

(B) Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jürgen Hardt hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jürgen Hardt (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was Herr Dehm hier heute vorgetragen hat, hat mich von allen Beiträgen am meisten erschüttert.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das war auch dafür geeignet!)

Denn er hat sich hier als der Hüter und Wächter der Menschenrechte weltweit profiliert.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Nein, das habe ich nicht! So viel Lob habe ich nicht verdient!)

Vor zehn Tagen habe ich in der Zeitung gelesen, dass anlässlich einer Demonstration von sieben Personen bei einer großen Veranstaltung der Linken hier in Berlin diese sieben Kritiker weggeprügelt wurden, darunter auch unsere frühere Kollegin Vera Lengsfeld. So geht

die Linke mit Menschen, die in Deutschland demokratische Rechte für sich in Anspruch nehmen, um. Deswegen finde ich Ihren Beitrag nicht besonders glaubwürdig. (C)

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das war keine Veranstaltung der Linken! Nehmen Sie das zur Kenntnis!)

– Ich muss mich korrigieren. Das war eine Veranstaltung der Linken-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Nein, das war es auch nicht!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dehm zulassen?

Jürgen Hardt (CDU/CSU):

Bitte schön.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön, Herr Dehm.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: In der Aktuellen Stunde gibt es keine Zwischenfragen!)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Ich bin froh, dass meine Zwischenfrage zugelassen wird. – Herr Hardt, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es weder eine Veranstaltung der Partei Die Linke noch der Rosa-Luxemburg-Stiftung, sondern der unabhängigen linken Zeitung *Junge Welt* war? (D)

(Beifall bei der LINKEN – Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Das ist doch völlig egal!)

Jürgen Hardt (CDU/CSU):

Herr Dehm, Gegenfrage: Sind Sie bereit, sich von der Gewalt gegen die Demonstranten bei dieser Veranstaltung zu distanzieren?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Sehr gute Nachfrage! – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ich habe wie jeder – – Ich weiß nicht, ob ich jetzt – –)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Nein, das können Sie nicht. Das dürfen Sie nicht.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Dann ist die Antwort: ja! – Gegenruf des Abg. Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Lesen Sie mal die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages! – Gegenruf des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Er hat mich doch gefragt!)

Jürgen Hardt (CDU/CSU):

Ich möchte an die Adresse der Linken einfach Folgendes sagen: Die mit dem Zaun durch Europa waren die Kommunisten, und die mit der Zange waren die Ungarn. Deswegen lassen wir auf die Ungarn nichts kom-

Jürgen Hardt

- (A) men. Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Ungarn ein Volk sind, das mit seinen demokratischen Grundrechten gut umgehen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich komme zum Thema zurück. Angesichts der langen Geschichte, die Deutschland und Ungarn gemeinsam haben, und der Tatsache, dass die Ungarn gegenwärtig die enorme Verantwortung haben, Europa in dieser schwierigen Zeit zu führen, sollten wir in dieser Phase sehr sorgfältig mit Vorurteilen im Hinblick auf bestimmte demokratische Entwicklungen in Mitgliedstaaten der Europäischen Union umgehen. Es ist geradezu ein Beispiel für das Funktionieren der Europäischen Union, dass bei einem Projekt wie der Mediengesetzgebung in Ungarn, das nicht nur bei mir, sondern, wie ich denke, bei allen hier im Hause Bauchgrummeln auslöst,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Bei allen leider nicht!)

der Ministerpräsident von Ungarn in einem kurzen Gespräch mit dem Kommissionspräsidenten zu folgendem Ergebnis kommt: Die Kommission prüft das, und wir setzen uns anschließend damit auseinander und werden auf der Grundlage einer freundschaftlichen, sachlichen und juristischen Bewertung die Dinge beurteilen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das stimmt nicht! Das war gestern nicht so!)

Ich finde, das ist eine ausgezeichnete Vorgehensweise.

- (B) Der Deutsche Bundestag ist nicht der Aufsichtsrat des ungarischen Parlaments.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bin auch nicht als Abgeordneter des Deutschen Bundestages gewählt worden, um mir die 200-seitige englische Übersetzung eines ungarischen Mediengesetzes durchzulesen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das hat Ihr Kollege uns geraten!)

Ich finde es wunderbar, dass man solche Dinge in der Europäischen Union mittlerweile auf diese friedliche Weise regelt.

Ich glaube, mit ein bisschen weniger Schaum vor dem Mund bei diesem Thema könnten wir zu guten, konkreten, freundschaftlichen Ratschlägen an die Ungarn kommen, die vielleicht sogar ihre Unterstützung und Zustimmung finden könnten.

Wir haben zum Beispiel in Deutschland gute Erfahrungen mit den Mechanismen von freiwilligen Selbstbindungen der Presse, von Ehrenkodexen, von Pressekodexen gemacht, in denen steht, was sauberer und ordentlicher Journalismus ist. Da gibt es das Recht der Gegendarstellung; man fühlt sich zur Wahrheit verpflichtet und verzichtet auf die Anwendung unlauterer Methoden. Vielleicht ist das ein Weg, den die ungarische Politik gehen könnte, wenn es darum geht, dieses Gesetz ein Stück weit zu ergänzen und sicherzustellen, dass es tatsächlich nicht gegen die Medien eingesetzt werden kann.

Ich erwarte von den Entscheidungen der nächsten Tage, genauer gesagt von der Vorlage des Berichts der Kommissarin Kroes, wesentliche Aufschlüsse darüber, an welchen Punkten wir uns näher mit dem Gesetz befassen müssen. Das werden wir sicherlich in aller Ausführlichkeit tun, ohne dass wir hier eine polemische Veranstaltung durchführen, wie wir es vor einigen Jahren im Fall Österreichs getan haben,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das waren ja Liberale in Österreich!)

und zwar ohne dass es den Österreichern oder uns oder der europäischen Idee in irgendeiner Weise genutzt hätte.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit schließe ich die Aussprache.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 5 a bis 5 e auf:

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften**

– Drucksache 17/4401 –

Überweisungsvorschlag:

Innenausschuss (f)

Auswärtiger Ausschuss

Rechtsausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

- b) Erste Beratung des von den Abgeordneten Rüdiger Veit, Daniela Kolbe (Leipzig), Gabriele Fograscher, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes für ein erweitertes Rückkehrrecht im Aufenthaltsgesetz**

– Drucksache 17/4197 –

Überweisungsvorschlag:

Innenausschuss (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Memet Kilic, Volker Beck (Köln), Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Opfer von Zwangsverheiratungen wirksam schützen durch bundesgesetzliche Reformen und eine Bund-Länder-Initiative

– Drucksache 17/2491 –

Überweisungsvorschlag:

Innenausschuss (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

(C)

(D)